

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Gesamt Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto Dresden 1730
Stroße Riesa Nr. 22.

Nr. 180.

Freitag, 4. August 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 41.— Mark ohne Belegporto. Einzelnummer 2.50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 6.— Mark; zeltständer und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, Nachweissungs- und Vermittlungsgebühr 2.— Mark. Feste Tarife. Demütigter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Riesner oder der Verlegeranstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Safer-Versteigerung. Nächsten Sonntag, den 6. August, vorm. 11 Uhr gelangen in Weida 5. Riesa die zu den Siedlungs-Hausgrundstücken gehörigen noch anstehenden Saferrestbestände an Ort und Stelle parzellenweise zur Versteigerung.
Der Gemeinderat.

Die Reparationsdebatte im englischen Unterhaus.

Der englische Schatzkanzler

hält einen Zahlungsausschub für notwendig.

London, 3. August (Unterhaus). Die Reparationsdebatte wurde vom Schatzkanzler Sir Robert Corne eröffnet. Er erklärte, daß unter der Reparationskommission die Großbritanniens bisher 6 Millionen Pfund Sterling einbezogen habe. Ueber den Bericht des Garantiefomitees könne er noch nichts Endgültiges sagen. Aber er könnte mit ziemlicher Bestimmtheit sagen, daß neue deutsche Steuern eingeführt werden seien. Eine Erhöhung der früheren Steuern sei nicht für anadina gehalten worden. Aber dafür habe Deutschland eine Anleihe von 70 Milliarden Papiermark ausgeben. Die Aufkäufe für Getreide usw. seien aufgegeben worden. Er wolle ganz offen sagen, daß seiner Ansicht nach die einzige wirkliche und wirksame Maßnahme zur Verhinderung der Kapitalflucht darin bestehe, daß die Leute in Deutschland, die Kapital erheben, zu der Lage Deutschlands genügend Vertrauen erhalten. Wenn auch der ganze Bericht des Garantiefomitees noch nicht vorliege, so höre er doch, daß die deutsche Regierung den größten Teil der von der Reparationskommission aufgestellten Forderungen erfüllt habe. Der Schatzkanzler gab darauf folgenden Rückblick über die bisher von Deutschland seit dem Waffenstillstand geleisteten Zahlungen: Vorauszahlungen an die Reparationskommission 77 Millionen Pfund Sterling, britische Zahlungen 30 Mill. Pfund, Wert der ausgelieferten Schiffe und der Naturalleistungen 160 Millionen Pfund Sterling, Regimentsquantum im abgetretenen Gebiet in Polen, Dania, der Tschechoslowakei 125 Millionen Pfund Sterling, Saarbergwerke etwa 23 Millionen Pfund Sterling, zusammen 415 Millionen Pfund Sterling. Nicht eingerechnet seien die Gebiete, die an andere Staaten abgetreten wurden. Von diesen 415 Millionen Pfund habe Großbritannien 56 Millionen erhalten, die so gut wie ganz für die Bekämpfung der Inflation verwendet worden seien. Die Privatdarlehen gehörten nicht zum Konto Reparationen. Ihre Zahlung beeinflusse aber die Kreditlage der deutschen Regierung, auswärtige Zahlungsmittel für die Reparationsleistungen zu finden. Bisher seien 38 Millionen Pfund Sterling eingegangen, wovon Großbritannien 22 Millionen Pfund erhalten habe, Frankreich 12 Millionen, Belgien 2, Millionen. Noch zu bezahlen seien 35 Millionen, davon 12 1/2 Millionen Pfund an Großbritannien. Die in der Presse aufgestaute Behauptung, die Aktion der französischen Regierung bilde eine Antwort auf die Balfourische Note, sei unrichtig. Das französische Ultimatum sei ergangen mehrere Tage, bevor die Balfourische Note bekannt geworden sei. Es werde vielfach die Frage aufgeworfen, wie es komme, daß Deutschland nicht imstande gewesen sei, mehr als den genannten Betrag zu bezahlen. Seitweilig werde dabei als Vergleich die Entschädigungszahlung angeführt, die Frankreich nach dem Kriege zwischen 1871 und 1873 aufgebracht habe. Beide Fälle seien verschieden. Frankreichs auswärtige Bilanz sei intakt geblieben. Frankreich war imstande, eine Anleihe von anderen Ländern zu erhalten, und habe tatsächlich während des genannten Zeitraumes 72 Millionen Pfund Sterling aufgebracht. Vor allen Dingen habe Frankreich 1872 und 1873 eine sehr gute aktive Handelsbilanz gehabt. Mit Deutschland stehe es in dieser Beziehung gerade umgekehrt. Im Verlaufe des Krieges seien die auswärtigen Kapitalanlagen beschlagnahmt und durch den Friedensvertrag konfisziert worden. Seine Kapitalanlagen in neutralen Ländern seien durch die Beschlagnahme von Lebensmitteln und Rohmaterialien während des Krieges so gut wie erlöscht gewesen. Die Bestimmungen über die Kapitalien hätten es Deutschland unmöglich gemacht, eine Anleihe aufzunehmen.

Die Deutschland verbleibenden Geldquellen seien nach dem Kriege sehr in Anspruch genommen durch Reparationszwecke. Deutschland habe 250 Millionen Pfund Sterling größtenteils für Lebensmittel und Futtermittel ausgegeben. 50 Millionen davon seien den deutschen Goldvorräten entnommen worden, 10 Millionen aus Wertpapieren, was besonders wichtig sei; 190 Millionen seien erlangt worden durch zeitweilige Kredite und durch den Ankauf von Wesseln. Diese Schlößen den Verkauf von enormen Summen deutscher Mark in sich. Daraus komme, daß große Kapitalien in deutscher Mark beständen, was dazu führte, daß große Mengen davon sich in ausländischen Händen befänden, die in der Zeit der kritischen Periode auf den Markt geworfen wurden. Deutschland habe während der gesamten Periode mehr importiert als exportiert. Das Ergebnis sei gewesen, daß immer mehr Papiergeld ausgegeben und der Wert dieses Geldes immer mehr gesunken sei. Die größten Kapitalanlagen im Ausland übertritten vermutlich nicht den Betrag von 10 Millionen Pfund Sterling. Deutschland war bis zu einem gewissen Grade an seinem Ausland selbst schuld, erstens infolge seiner Finanzpolitik im Kriege; außerdem habe es versucht, das Defizit seines Budgets durch den Verkauf von Wertpapieren auszugleichen. England habe deswegen oft Vorstellungen bei Deutschland erhoben, und seit Januar d. J. sei in dieser Beziehung eine Besserung der Lage des deutschen Budgets wahrzunehmen. Er sei nach reiflicher Überlegung der Ansicht, daß Deutschland eine beträchtliche Reparationssumme zahlen könne. Jenseitens werde Deutschland selbst den Wunsch haben, eine vernünftige Reparationssumme zu zahlen, die seiner Leistungsfähigkeit entspreche. Aber im Augenblick sei ein Zahlungsausschub erforderlich. Weder könne er im Augenblick nicht sagen, am Schluß seiner Rede wandte sich Corne der Frage der internationalen Schuld an und sagte, er wolle in Zusammenhang mit

der Balfournote nochmals betonen, daß England seine Verpflichtungen gegenüber Amerika anerkenne und nicht beabsichtige, sich ihnen in irgend einer Form zu entziehen. Gleichseitig nicht blind gegenüber der schweren Lage, die die gegenwärtige Verdrückung für die einzelnen Nationen bedeute. Es gebe kein größeres Hindernis für die Wiederherstellung der Welt als die Ausdehnung dieser Schulden. Die gegenseitige Annulierung der Schulden werde der erste Schritt sein zur Wiederherstellung der Welt. England könne aber in dieser Frage nicht allein vorgehen und nicht die Lage seiner Bürger vergessen.

Darauf ergriff Baldwin das Wort. Er sagte u. a., die Reparationen müßten auf ein notwendiges Maß herabgesetzt werden. Das Problem erfordere eine schnelle Regelung. Inzwischen werde Deutschland mit schnellen Schritten dem Bankrott entgegengehen.

Lloyd George sagte, er freue sich, daß Poincaré nach London komme, um seine Vorschläge der Regierung zu unterbreiten, und er vertraue darauf, daß das Parlament der Regierung gestatten werde, mit freien Händen in die Konferenz zu gehen und ihr Bestes zu tun, um zu einem Abkommen zu gelangen. Lloyd George gab zu, daß die Alliierten, wenn Deutschland zu hart bedrängt würde, möglicherweise nicht erhalten würden und daß die Gefahr bestünde, daß es zur Verweigerung getrieben werden könnte und sich dann in die Hände der Reaktionen oder der Kommunisten werfen würde. Aber es würde ein Irrtum sein, wegen dieser Gefahr seine gerechten Ansprüche fahren zu lassen. Er wolle auf die gefährlichen Folgen hin, die eine Unterdrückung von Deutschlands Zahlungsfähigkeit mit sich brächte. Wenn wir, sagte Lloyd George, am Montag auf der Konferenz sind, werden wir uns beide Erwägungen vor Augen halten. Wir wollen sicherlich allen Vorschlägen Widerstand leisten, die einfach die Wirkung haben würden, den Rest Europas zu verheeren, ohne irgend etwas für uns selbst zu sichern. Er glaube nicht, daß die Frage am Montag geregelt werden könne. Es gebe zwei Schwierigkeiten und Komplikationen. Wir müssen fair sein gegen Deutschland wie auch gegen Frankreich und auch gerecht gegen unser eigenes Volk.

Poincarés Zwangsmaßnahmen.

Das Pariser „Journal“ schreibt über die gedachten Zwangsmaßnahmen, die die französische Regierung für den Fall ins Auge faßt, daß Deutschland sich nicht vor dem Ultimatum beuge, sie seien progressiv und würden sich entsprechend den Umständen entwickeln. Die ersten Sanktionen seien gemäßigt. „Chicago Tribune“ schreibt, die Sanktionen, die Frankreich am Sonnabend mittag gegen Deutschland ausführen werde, würden, wie gestern offiziell mitgeteilt wurde, in der Beschlagnahme deutscher Industrieanlagen bestehen. Es wurde auch vorgeschlagen, den Industriebetrieb in dem besetzten Deutschland und möglicherweise im Ruhrgebiet zu beschlagnahmen. Das Kabinett werde aber erst die Entscheidung treffen, ob diese erste Maßnahme notwendig sei. Die französische Regierung gedente die Beschlagnahme durch einen Zivilprozeß herbeizuführen, was auch im besetzten Deutschland möglich sei. Die Beschlagnahme von Industriebetrieb im Ruhrgebiet würde die Verwendung von Truppen erfordern.

Der diplomatische Mitarbeiter des Londoner „Daily Telegraph“ schreibt, Frankreichs selbständiges Vorgehen mag korrekt oder unkorrekt sein, es liegt auf der Hand, daß das Vorgehen ungesund ist, abgesehen von der Tatsache, daß diese Angelegenheit bisher durch die internationalen Vereinbarungen geregelt wurde. Daraus kommt, daß Sanktionen — außer in gewissen engebegrenzten Umständen — nicht von einer Macht vereinzelte vorgenommen werden können. In den deutschen Vermutungen, daß Zwangsmaßnahmen im Elsass und im Rheinland erfolgen könnten, bemerkt der Mitarbeiter, in juristischer Beziehung würden die Alliierten Frankreichs diesbezüglich nicht in der Lage sein, bei Sanktionen im Elsass zu intervenieren. Aber andere Sanktionen, beispielsweise im besetzten Gebiet, könnten von Frankreich nicht selbstständig vorgenommen werden, außer unter Verletzung des Versailler Vertrages. Frankreich werde es sich aber zweimal überlegen, ob es den Versailler Vertrag zerreiße. Der französische Ministerpräsident könne es nicht verdenken, daß die Alliierten Frankreichs mit ihm in dieser Angelegenheit nicht übereinstimmen. Tatsächlich brachte die französische Regierung zum mindesten Großbritannien in die unangenehme Verlegenheit, eine etwaige Anfrage der deutschen Regierung, ob Poincaré in seiner Rolle die Anschauungen und Interessen Englands vertritt, mit Nein beantworten zu müssen.

Leon Blum schreibt im Pariser „Populaire“: Es ist nachgerade undenkbar, Poincaré hat sich für den 7. August zu Besprechungen in London bereit erklärt. Da stellt er auf einmal am 1. August Deutschland eine Art Ultimatum mit Androhung von Sondermaßnahmen. Ein neuer Beweis des Geistes der Verdrückung und internationalen Verdrückung, dessen Poincaré in seinen Reden sich rühmt! Wann wird denn die große Rasse der Völkerverdrückung die Zusammenhänglosigkeit dieser Politik begreifen? Aber das Parlament ist ja nicht da. Die öffentliche Meinung wird von der großen Presse dupiert oder irreführt. Man kann sich alles erlauben, bis der Krug bricht.

Die Reichsregierung zu den Zwangsmaßnahmen.

Die deutsche Reichsregierung sieht die Lage als äußerst ernst an. Sie wird aber ihren Standpunkt

in Bezug auf die Ausgleichszahlungen nicht ändern. Sie kann es nicht, weil ihr einfach die Geldmittel dazu fehlen. Sie ist heute noch dem katastrophalen Rückgang der Mark nicht einmal in der Lage, die beantragten auf 1/4 reduzierten Summen von 500 000 Pfund Sterling zu zahlen. An amtlichen Stellen ist zur Stunde nichts davon bekannt, welche „Ausgleichsmaßnahmen“ Poincaré zu ergreifen gedenkt. Der gestern vormittag in Paris zusammengetretene Ministerrat wird wohl erst die Entscheidung bringen. Es ist kaum ein Zweifel daran möglich, daß Poincaré seine Forderungen in die Wirklichkeit umsetzen wird. Die Möglichkeit der Beschlagnahme deutschen Eigentums im Elsass, die Besetzung der Zollämter im Rheinland, die Entziehung von Reichseinnahmen auf dem Verwaltungsweg ist nicht von der Hand zu weisen, obwohl alle diese Maßnahmen im besetzten Gebiet eine Verletzung des Versailler Vertrages darstellen. Man ist in maßgebenden Kreisen der Ansicht, daß Poincaré vor Beginn der Verhandlungen in London Tatsachen schaffen will, um einen Druck auf die Alliierten auszuüben und Kompensationsansprüche in der Hand zu haben. Welcher Art diese Maßnahmen auch sein werden, die Erfahrung lehrt, daß die Franzosen von einmal ergriffenen Maßnahmen nicht abzurufen sind.

Rein Einklagen der Reichsdevisenkäufe.

Wie das „V. L.“ hört, ist die Nachricht von der Einklagung der Devisenkäufe durch die deutsche Regierung unzutreffend. Der Regierung ist es nur angefallen, des hohen Dollarkurses gegenwärtig unmöglich, Devisen zu kaufen.

Aufruf zu geschlossener Abwehr.

Die „Münchener Neuest. Nachr.“ bringen an hervorragender Stelle einen Aufruf, in dem es heißt: Die Stunde ist gekommen, in der Frankreich zu alten schweren Wunden, die Deutschland schon ausgerät worden sind, die letzte tödliche Schläge will. Es glaubt, mit einem wehrlosen Volke leichtes Spiel zu haben. Doch kündigt ihr es durchkreuzen, nicht mit Waffen, aber in einfacher, geschlossener Abwehr durch Herz und Mund von 60 Millionen Deutschen. Heraus zum Protest landauf und landab. Stellt alles zurück, was an berechtigten und unberechtigten politischen Forderungen unter euch ist. Ihr seid alle eine Volksgemeinschaft! Seid wieder eins, wie ihr es in den ersten Augusttagen des Jahres 1914 wart. Frankreich soll sehen, daß seine brutale Waffen einer eisernen Willens der deutschen Nation zum Leben. Gebt diesen Willen kund, ruft ihn in die Welt. 60 Millionen mit einer Stimme.

Der französische Reparationsplan.

„Deit Parisien“ berichtet über den französischen Reparationsplan, den Poincaré in der nächsten Woche in London entwickeln wolle. Obwohl das Blatt nichts Genaueres weiß, sagt es, es sei vielleicht nicht unmöglich, ihn zu erkennen. Der Plan enthalte zwei Teile: der erste definitive Festlegung der deutschen Schuld, die verknüpft werden solle mit einer eventuellen Regelung der interalliierten Schulden, zweitens die Kontrollmaßnahmen. Die deutsche Schuld, wie sie am 5. Mai 1921 festgelegt worden sei, werde in zwei Teile geteilt. Der erste Teil bestünde aus dem Betrag der Obligationen der Serien A und B, betrage also 50 Milliarden Goldmark; der zweite bestünde aus den Obligationen der Serie C, er erreiche also die Summe von 70—85 Milliarden Goldmark. Der erste Teil sollte für realisierbar erklärt werden, vom zweiten Teil sollten, je nachdem diese Maßnahmen durchgeführt werden, Beträge annulliert werden, jedoch dürfe der ganze Betrag von 50 Milliarden für die Reparation der Schäden selbst verwendet werden. Die Mobilisierung sollte erfolgen durch internationale Anleihen, und es solle gleich im ersten Stadium der Zahlungen festgelegt werden, daß die Zahlungen nur beispielsweise 30 Prozent des Gesamtbetrages der Schuld ausmachen könnten. Als Kontrollmaßnahmen seien vorgesehene eine Währungsreform, also eine Stabilisierung der deutschen Mark, Kontrolle der Forderungen, damit diese direkt und sofort dem Garantiefomitee übermitteln werden könnten, und endlich eine Abgabe vom Kapital, beispielsweise dadurch, daß 25 Prozent vom Kapital der deutschen Industrieunternehmen abgezogen würden. Das seien einige unter den Vorschlägen, die es gestatten würden, mit Hilfe der alliierten Regierungen die Finanzverwaltung über Deutschland anzurichten und den Tag abzuwarten, an dem Deutschland in der Lage sein werde, im Ausland selbst zu borgen, sobald diese Verantwortung der Alliierten fallen und an die Inhaber der deutschen Schuld übergeben würde.

Die Londoner Konferenz.

Nach einer Kavassmeldung aus London verlautete Mittwoch abend von gut unterrichteter Seite, daß die Besprechungen zwischen Lloyd George und Poincaré vielleicht länger dauern würden, als man zuerst angenommen hat. Man rechne mit der Möglichkeit, daß der englische Premierminister seine Absicht werde aufgeben müssen, dem Nationalfest in Wales beizuwohnen.

Ministerrat in Paris.

Die französischen Minister sind gestern im Elysee unter dem Vorsitz Mitterands zusammengetreten. Poincaré erstattete seinen Kollegen Bericht über die außenpolitischen Angelegenheiten, insbesondere über die Frage der interalliierten Schulden und das Reparationsproblem. Der Ministerrat befähigte einstimmig die früher gefassten Entschlüsse, welche die französische Regierung der britischen